

Antrag Nr. 10

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 28.05.2026

Google-Rechenzentrum: Ressourcenverschwendung stoppen und Greenwashing beenden!

Die Errichtung des neuen Google-Rechenzentrums in Kronstorf ist ein massiver Eingriff in die regionale Ressourcenverteilung, der auf Kosten der Allgemeinheit, der Arbeitnehmer:innen und der Umwelt geht.

1. Irrwitziger Stromverbrauch zulasten der Haushalte Das geplante Rechenzentrum wird nach seiner Fertigstellung gewaltige Mengen an elektrischer Energie verschlingen. In einer Zeit, in der Arbeitnehmer:innen massiv unter hohen Energiekosten leiden und die Energiewende eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung erfordert, ist es inakzeptabel, dass ein einzelner internationaler Tech-Konzern einen derart substanziellen Teil des österreichischen Stromnetzes beansprucht. Diese enorme, zusätzliche Nachfrage verknappt das Angebot an erneuerbaren Energien und treibt die Strompreise für private Haushalte unweigerlich weiter in die Höhe.

2. Dreistes Greenwashing statt echter Nachhaltigkeit

Google inszeniert sich in der Berichterstattung als nachhaltiger Vorreiter im Klimaschutz. Die >AUGE Wien kritisiert dieses Vorgehen als reines Greenwashing: Ein paar Solaranlagen auf dem Dach der riesigen Serverhallen dienen lediglich als ökologisches Feigenblatt für die PR-Abteilung. Der dort produzierte Strom steht in absolut keinem Verhältnis zum permanenten, gigantischen Megawatt-Bedarf der Anlage. Echter Klimaschutz wird hier durch irreführendes Marketing ersetzt.

3. Bodenversiegelung und enormer Wasserverbrauch

Neben dem extremen Energiehunger geht der Bau des Rechenzentrums mit einem drastischen Flächenfraß und der Versiegelung wertvoller Böden einher. Zudem erfordert die Kühlung der tausenden Server gewaltige Mengen an Wasser. Diese essenziellen Ressourcen werden der Natur, der Landwirtschaft und der lokalen Bevölkerung entzogen, um die Infrastruktur eines multinationalen Unternehmens abzusichern.

4. Minimaler Beschäftigungseffekt bei maximaler Belastung

Die Genehmigung solcher Großprojekte wird oft fälschlicherweise mit der Schaffung regionaler Arbeitsplätze gerechtfertigt. Die Realität bei hochautomatisierten Rechenzentren zeigt jedoch, dass nach Abschluss der Bauphase nur ein absolutes Minimum an dauerhaften Jobs entsteht. Das Verhältnis zwischen dem astronomischen Ressourcenverbrauch und dem tatsächlichen gesellschaftlichen oder arbeitsmarktpolitischen Nutzen ist stark asymmetrisch: Die Belastungen für Umwelt und öffentliche Infrastruktur bleiben vor Ort, während die enormen Gewinne steuerschonend in die USA abfließen.

Die 185. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert die Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie auf, strenge und verbindliche gesetzliche Kriterien für die Genehmigung und den Betrieb von Großrechenzentren festzulegen. Diese müssen umfassen:

- Verbindliche Obergrenzen für den Energie- und Wasserverbrauch.
- Ein striktes rechtliches Vorgehen gegen irreführende Nachhaltigkeitsversprechen (Greenwashing).
- Die Verpflichtung der Betreiber, ihren massiven Energiebedarf durch den eigenfinanzierten, tatsächlichen Ausbau zusätzlicher erneuerbarer Energien – der weit über bloße Alibimaßnahmen auf den eigenen Dächern hinausgeht – vollständig

zu kompensieren, um die Versorgungssicherheit und Preisstabilität für die Haushalte nicht zu gefährden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich